

Calmer Tagblatt

Nr. 219.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang

Verlagspreis: 6 mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinste Zeile 60 Pf. wöchentlich. In der Stadt mit Trägerlohn 12.50 wöchentlich. Belegpreis 12.50 mit Beleggeld. — Einschlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Dienstag, den 20. September 1921.

Verlagspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 12.50 wöchentlich. Belegpreis 12.50 mit Beleggeld. — Einschlag der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Die Vorgänge im Reich.

von Rahr lehnt die Wiederwahl

zum bayerischen Ministerpräsidenten im voraus ab.

München, 19. Sept. Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Ministerpräsident Dr. v. Rahr hat an den Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei aus Berchtesgaden unter dem 18. ds. Mts. folgendes Schreiben gelangen lassen: Die Bayerische Volkspartei hatte mich gebeten, mich neuerdings für die bevorstehende Kabinettsbildung als Ministerpräsident dem Landtag zur Wahl zu stellen. Für diesen Ausdruck des Vertrauens danke ich bestens. Unverbrüchlich halte ich an den Grundätzen der Bayerischen Volkspartei fest. Als neugewählter Ministerpräsident wäre ich aber in der Zwangslage, mich nun auf den Boden des Beschlusses des ständigen Landtagsauschusses vom 11. ds. Mts., der mich zum Rücktritt bestimmt hat, zu stellen. Ich könnte dies aber mit meiner grundsätzlichen Auffassung über das Verhältnis des Reichs zu den Einzelstaaten nicht vereinbaren. Aus diesem Grunde sehe ich mich leider nicht in der Lage, das vertrauensvolle Anerkennen der Bayerischen Volkspartei anzunehmen. Mit den besten Grüßen und Wünschen für den Verlauf der Tagung und mit den herzlichsten Segenswünschen für unser deutsches Volk und für ein gesundes, festes, staatlich selbständiges Bayern in einem gesunden, freien Reich (gez.): Dr. v. Rahr.

Am die Anbahnung neuer Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich.

Berlin, 20. Sept. Aus parlamentarischen Kreisen erfährt das „Berliner Tageblatt“, daß Mitte voriger Woche mehrere Mitglieder des bayerischen Landtags in Berlin eintrafen, um die unterbrochenen Verhandlungen inoffiziell wieder aufzunehmen. In einer Besprechung mit dem Reichskanzler wurde die Verordnung des Reichspräsidenten, sowie die Aufhebung des Ausnahmezustands in Bayern erörtert. Vor allem handelte es sich darum, einen Weg zu finden, der zu weiteren offiziellen Verhandlungen führen soll. Bei dieser Besprechung betonte der Reichskanzler nochmals, daß die bayerischen Gegenanträge in ihrer jetzigen Form eine Ausschaltung des Reichs bedeuteten und deshalb nicht annehmbar erschienen. Andererseits erklärte der Reichskanzler seine Bereitschaft, neue Vorschläge Bayerns zu erörtern. Die bayerischen Politiker haben darauf am Sonnabend Berlin wieder verlassen.

Rein Rücktritt des Staatskommissars Dr. Weiskmann?

Berlin, 19. Sept. Nach dem „Volksanzeiger“ hat Geheimrat Dr. Weiskmann einen Bericht ausgearbeitet, den er der preussischen Regierung übermitteln hat. Die preussische Regierung wird diesen Bericht an die bayerische Regierung weitergeben. Von einer Rücktrittsabsicht des Staatskommissars wird nicht gesprochen.

Beratungen über die Bekämpfung unerlaubter Verbände.

Berlin, 20. Sept. Wie das „Berliner Tageblatt“ in Ergänzung seiner gestrigen Meldung mitteilt, nahmen an der gestrigen Besprechung über die Verhältnisse in Schlesien außer dem Reichskanzler Reichsminister des Innern, Dr. Grobner, Minister v. Rathenau, preussischer Minister des Innern, Dominicus, sowie Vertreter anderer unabhängiger Stellen teil. Die Erörterung befaßte sich in der Hauptsache mit der Methode der Bekämpfung unerlaubter Verbände.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie in Görlitz.

Eine Resolution des Parteivorstandes über die Teilnahme an der Regierung.

Görlitz, 19. Sept. Dem sozialdemokratischen Parteitag ist eine Resolution des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Parteiausschusses über die Teilnahme der Partei an einer Koalitionsregierung zugegangen, worin es heißt: Auf die Teilnahme an der Regierung der Republik wird die sozialdemokratische Partei besonders dadurch hingewiesen, daß sie die größte Partei des deutschen Volkes ist und die einzige Partei, die von jeher ohne Einschränkung und grundsätzlich auf dem Boden der republikanischen Staatsform und des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes steht, weil diese den günstigsten Boden für die Erringung der sozialistischen Gesellschaft bildet. Die Sozialdemokratie darf daher nicht warten, bis dieses erreicht ist, sondern muß versuchen, auch schon vorher zur Sicherung der Republik, der demokratischen Staatsform ihre politische Macht in die Waagschale zu werfen, um so auch der Erreichung ihrer sozialistischen Ziele näher zu kommen. Das ist jetzt umso mehr nötig, als die Not des deutschen Volkes die Anspannung aller Kräfte erfordert. Die Sozialdemokratie ist bereit, zu diesem Zweck mit anderen Parteien im Reich und in den Ländern in dieser Beziehung zusammenzuarbeiten, wenn mit diesen Parteien eine Verständigung

über ein Arbeitsprogramm möglich ist, das folgende Grundforderungen enthält: Anerkennung der Verteidigung der Republik, Sicherung des demokratischen Selbstbestimmungsrechtes des Volkes im Reich, Staat und Gemeinden, Demokratisierung der Verwaltung und Republikanisierung der Reichswehr und der Polizeiorgane, Sicherung des Ausbaues der sozialen Gesetzgebung, eine Politik der Völkerverständigung, loyale Ausführung des Friedensvertrages in den Grenzen unserer Leistungsfähigkeit und Ausbringung der dadurch bedingten Leistungen, in erster Linie durch weitgehende Heranziehung des Besitzes. Im übrigen muß es dem Parteivorstand überlassen bleiben, unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse im Benehmen mit den in Frage kommenden Fraktionen über den Eintritt von Parteigenossen in die Regierung zu entscheiden.

Scheidemann für Eintritt in die Regierungskoalition.

Berlin, 19. Sept. Auf dem Görlitzer Parteitag hielt der Abgeordnete Scheidemann, dessen früher ablehnende Haltung gegenüber einer Koalitionsbildung der Mehrheitssozialdemokratie mit der Deutschen Volkspartei bekannt ist und dessen Stellung bis zum Parteitag noch ungeläutert geblieben ist, eine vielbemerkte Rede. Er führte u. a. aus: Die Verordnung des Reichspräsidenten ist nur ein Palliativmittel. Sie kann den Schutz der Republik nicht gewährleisten. Es muß ganze Arbeit gemacht werden: Reform der Justiz, wirkliche Demokratisierung der Verwaltung, Reform des Schulwesens, Säuberung der Universitäten als Stätten schwärzester Reaktion. Die große Mehrheit des Volkes stimmt mit unseren Forderungen überein und will diese Arbeit. Dieser Volkswille muß auch zum Ausdruck gebracht werden, damit bemsprechende Regierungen im Reich und in den Gliedstaaten gebildet werden und zwar dürfen die Mitglieder nur aus solchen Parteien bestehen, die die Verfassung anerkennen und bereit sind, zu ihrem Schutz alle Machtmittel des Staates in Anwendung zu bringen. Es darf nicht gesagt werden: Wir gehen unter keinen Umständen mit dieser oder jener Partei zusammen in eine Regierung. Für uns darf nicht maßgebend sein, was eine Partei früher getan hat, sondern was sie zu tun bereit ist. Von der Theorie der politischen Erbsünde müssen wir uns freimachen. Zur Zeit als die Parole ausgegeben wurde: „Nicht mit der Deutschen Volkspartei!“ war sie zweifellos absolut richtig. Wir müssen bei jeder Regierungsbildung ein bestimmtes Mindestprogramm aufstellen. Parteien, die bereit sind, ein solches Programm anzunehmen und bestimmte Ministerien uns zu überlassen, können meines Erachtens nicht dauernd von der Teilnahme an der Regierung zurückgewiesen werden. Ein Mindestprogramm auf Vorrat aufzustellen, halte ich für falsch. Daß bestimmte Forderungen immer an der Spitze stehen werden, ist eine Selbstverständlichkeit. Zu beachten ist bei einer jeden Koalitionsregierung, daß es sich nicht um eine Sektengemeinschaft, sondern um eine Arbeitsgemeinschaft handelt, andernfalls wäre ein Zusammenregieren mit dem Zentrum unmöglich, wie eine Koalition der Mitte etwa mit der Deutschen Volkspartei. Solange wir eine sozialistische Regierung nicht bilden können, solange müssen wir uns auf Koalitionsregierungen einrichten.

Schaffung eines republikanischen Abzeichens.

Görlitz, 19. Sept. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag beauftragte Reichstagspräsident Lobe einen von ihm eingebrachten Antrag, wonach, um auch der äußeren Propaganda des Monarchismus durch Tragen von schwarz-weiß-roten Abzeichen, Halbkreuzen und anderen Dekorationen entgegenzutreten, der Parteitag den Parteigenossen empfiehlt, die Zahl und die Macht der Anhänger der Republik durch Anlegen eines Abzeichens in den Farben der deutschen Republik sichtbar zu machen. Der Parteivorstand wird ersucht, die Schaffung eines besonderen Parteiabzeichens in Erwägung zu ziehen.

Zur auswärtigen Lage.

Balfour Führer der englischen Abordnung für Washington.

London, 19. Sept. Die Wochenschrift „Outlook“ berichtet, Balfour werde die britische Delegation für Washington führen. Lloyd George werde, insofern dies möglich sei, für kurze Zeit nach Amerika gehen, sobald Ergebnisse der Abrüstungskonferenz in Sicht seien.

Vorläufige Verständigung zwischen Japan und Amerika in der Yap-Frage.

London, 19. Sept. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ erfährt von zuverlässiger Seite, daß die Besprechungen zwischen Staatssekretär Hughes und dem japanischen Volschafter in Washington über die Yap-Frage zu einer für beide Teile befriedigenden Regelung dieser Frage geführt hätten.

Neue Kämpfe in Irland.

London, 20. Sept. In Belfast kam es beim Wochenende zu neuen Unruhen. Am Sonntag nachmittag fanden heftige Zusammenstöße statt, bei denen mit Revolvern geschossen und mit Bomben geworfen wurde. Zwei Mädchen wurden getötet und ein Mann verwundet. Die Truppen zerstreuten die Kämpfenden, die dann den Kampf in den Seitenstraßen fortsetzten.

Beschärfung des Aufstands in Indien?

London, 19. Sept. Reuter meldet aus Simla, daß der Sekretär des Home-Departements dem Staatsrat über den Aufstand in Malabar mitgeteilt habe, daß die Lage immer noch ernst sei. — „Daily Telegraph“ berichtet, bei dem Zusammenstoß zwischen Truppen und Rebellen in der Nähe von Mannarghat sollen die Moplahs schwere Verluste erlitten haben. Die Rebellen haben den heiligen Krieg gegen alle Hindus erklärt; Malambur befindet sich ganz in der Hand der Aufständischen. — Einer Reuter-Meldung zufolge sollen die Regierungsgebäude von Malambur niedergebrannt worden sein.

Der griechisch-türkische Krieg.

Konstantinopel, 19. Sept. Nach den letzten Nachrichten von der Front wurde die Stadt Sivri-Hisar von den Türken nach erbittertem Widerstand der Griechen genommen. Die Griechen weichen zurück und lassen viele Gefangene, Geschütze und Munition im Stich. Es scheint, daß sie eine Verteidigungsstellung vorbereiteten. Die griechischen Verluste sind sehr groß.

Ausland.

Der Streik in Nordfrankreich.

Lille, 18. Sept. Die Textilindustriellen von Roubaix und Tourcoing haben beschlossen einer Einladung des Ministerpräsidenten nachzukommen, sind aber einstimmig bei ihrer Ansicht geblieben, daß die Lohnherabsetzung eine gebieterische wirtschaftliche Notwendigkeit sei und keinerlei Konzessionen gemacht werden können. In einem Anschlag verpflichteten sich die Arbeitgeber, eine Organisation ins Leben zu rufen, um eine Herabsetzung der Lebenskosten durchzuführen. Die Arbeiter werden zur Wiederaufnahme der Arbeit aufgefordert. — „Echo du Nord“ schreibt zur Lage, einige ernsthafte Anzeichen berechtigten zu dem Glauben, daß der Textilarbeiterstreik sich seinem Ende näherte. Zeichen der Ermüdung seien sichtbar.

Paris, 19. Sept. Wie der „Temps“ mitteilt, empfing der Ministerpräsident heute Nachmittag die Delegation der Arbeitgeber der Textilbranche aus Roubaix und Tourcoing. Die Abgeordneten der Arbeiter haben mitgeteilt, daß sie sich Briand zur Verfügung halten.

Rundgebung in Desterreich für das Selbstbestimmungsrecht aller deutschen Stämme.

Wien, 19. Sept. Die „Deutschen Nachrichten“ melden: Wie in den beiden letzten Jahren, so veranstaltete auch in diesem Jahr wieder am Jahrestag des Friedens von St. Germain die Wiener Nationalorganisation vor dem Rathaus eine Massenrundgebung gegen die Unterdrückung der Deutschen. Im Sinne der Ausführungen der einzelnen Redner wurde eine Entschlieung angenommen, in der gegen die Bedrückung der durch die Friedensverträge von Versailles und St. Germain unter Fremdherrschaft gekommenen Volksgenossen protestiert, das Selbstbestimmungsrecht für alle deutschen Stämme und die Freigabe des Anschlusses an das Deutsche Reich gefordert wird. Nach Beendigung der Rundgebung marschierten die Teilnehmer zum Karlsplatz, wo Reichstagsabgeordneter Wulle-Berlin über den Anschluß Desterreichs an das Deutsche Reich sprach. Nach Abfindung des Liebes „Deutschland, Deutschland über alles!“ wurde die Rundgebung geschlossen. Abends fand eine Versammlung für das unterdrückte Deutschtum statt, in der der Sekretär des Hilfsvereins für Deutschböhmen, Dr. Raschke, und Reichstagsabgeordneter Wulle sprachen.

Rückkehr zum Alten in Rußland.

Der Moskauer Wirtschaftsrat hat sich eingehend mit der Frage der Regelung des freigegebenen Privathandels befaßt. Alle Bürger über 16 Jahre dürfen Handel treiben. Dafür werden, wie zu Zeiten der Zarenregierung, Steuern erhoben. Für die Verpachtung von Kaufstäden wurde folgender Minimaltarif festgesetzt: 90 000 Rubel pro Quadratsaden (1 Faden = 2,134 Meter). Der höchste Tarif beträgt 510 000 Rubel pro Quadratsaden. Außer der Pachtsumme muß noch eine Gewerbesteuer entrichtet werden, die für Handelsunternehmungen zwischen 90 000 und 900 000 Rubel schwankt. Für industrielle Kleinbetriebe beträgt die Steuer, wie die „Kommunistische Arbeit“ schreibt, zwischen 72 000 und 2700 000 Rubel für das zweite Halbjahr.

Kermann
ermann
üller
hüte
Besigheim
er 1921.

mmung Calw
ebung.

Backwaren

Mh. 1.-
Ripf, Tafel-
brekeln ds. St. „ 3.50
„ 5.50
„ 11.-
Der Ausschuss

egenden u. im Herbst
empfehlen wir:
apitalanlage:
erstklassige
sichergestellte
obligationen.
ssbank Calw.

Beilberstadt.

tschaft zur gefälligen

etrieb
es Rohdilmotors
3 Wochen
en ist.

rd bekannt gegeben.

Ernst Popp.

ie

tschaft Althengstett

wird

Müller

hrer gesucht.

ubehörden steht zur

enstauf und Zeugnisse

raun, Althengstett.

Achtung!

Dauerstellung

einer

Tarif.

ppenan in Baden.

lesien

on polnischen Jordan,

el u. Kleidung herab.

ert.

Sammlung

ebensmittel

im Südosten zu helfen.

mmestelle für Mit-

erbände heimattreuer

rt, Neuer Bahnhof,

erst., Fernspr. 7016.

Die Tagung des Völkerbunds.

Die Wilnaer Frage auf dem toten Punkt.

Genf, 18. Sept. Die nächste Vollversammlung der Völkerbundsversammlung findet am nächsten Mittwoch statt, da die Kommissionsarbeiten noch nicht so weit fortgeschritten sind, um früher in der Versammlung beraten werden zu können. — Nach einem Bericht des Völkerbundssekretariats hat Litauen das Abkommen, das von Hymans ausgearbeitet worden ist, im großen und ganzen abgelehnt. Es werden zwar die Vorschläge über die politischen, militärischen und wirtschaftlichen Abkommen angenommen, aber bezüglich der anderen Bestimmungen derartig weitgehende Änderungen vorgeschlagen, daß der Entwurf als abgelehnt angesehen werden muß. In erster Linie weigert sich Litauen, im Wilnaer Gebiet die im Entwurf Hymans vorgesehene, der Schweizer Verfassung entnommene Kantonsautonomie zu gewähren. — Die Antwort der polnischen Regierung verweist darauf, daß sie den früheren Abkommensentwurf mit Litauen angenommen hat, daß für die polnische Regierung daher kein Grund vorliegt, sich über das neue Abkommen zu äußern.

Genf, 19. Sept. Der polnisch-litauische Gegensatz kam heute in seiner ganzen Schärfe in einer öffentlichen Sitzung des Völkerbundsrats zum Ausdruck. Der polnische Delegierte Askinajski erklärte, daß er den Vermittlungsvorschlag Hymans-Belgien nur als Verhandlungsbasis betrachten könne, wogegen der litauische Vertreter hervorhob, daß die Einigung infolge der Besetzung des Wilnaer Gebiets durch den General Zeligowski erschwert worden sei, und forderte die Entfernung der polnischen Truppen. Hymans-Belgien war sichtlich bemüht, die Delegierten einander näher zu bringen, um die Verhandlungen nicht scheitern zu lassen. Askinajski vertrat dann nochmals mit Nachdruck den polnischen Standpunkt und erklärte, daß Wilna in seiner Mehrheit polnisch sei. Die öffentliche Sitzung wurde darauf abgebrochen und die weitere Aussprache auf eine spätere Sitzung verschoben.

Die Abrüstungsfrage: ein Bericht über die Entwaffnung Deutschlands.

Genf, 18. Sept. Die gemischte Kommission für Abrüstungsbeschränkungen ließ heute den Mitgliedern des Völkerbundsrats in der Versammlung einen ausführlichen Bericht zugehen. Darin sind vor allem die politischen Betrachtungen über die allgemeine politische Lage, besonders Deutschlands von Interesse. Sie versuchen den Nachweis zu führen, daß bei der jetzigen politischen Lage eine Abrüstung sehr schwierig ist. Der Pakt sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß nach den Erschütterungen des Krieges alle Nationen mit einander im Frieden leben und die Welt zur Ruhe kommen würde. Diese Voraussetzungen seien aber heute nur teilweise erfüllt, denn drei Großmächte gehörten dem Völkerbund nicht an. Der Bericht weist dann auf die Befürchtungen der Rußland-benachbarten Staaten hin, auf die sehr unsichere Lage in Deutschland, auf die Spannung zwischen Litauen und Polen, auf den Krieg zwischen Griechenland und der Türkei und so weiter. Der einzige wahre Fortschritt auf dem Gebiete der Abrüstung sei die durch die Friedensverträge gewissen Staaten aufgezwungene Abrüstung. Der Bericht erwähnt, daß im Laufe der Geschichte niemals eine so wesentliche Maßnahme von so großer Tragweite getroffen worden sei, wie die Abschaffung der Dienstpflicht in Deutschland und die Herabsetzung der regulären Streitkräfte dieses Landes auf ein Freiwilligenheer, das nicht die notwendigen Bedürfnisse der inneren Verteidigung überschreitet und spricht die Hoffnung aus, daß die Abrüstungsbeschränkungen in anderen Ländern erleichtert würden, was die Aufrechterhaltung des Friedens in Westeuropa zur Folge haben werde. Auch an verschiedenen anderen Stellen befaßt sich der Bericht mit der Entwaffnung Deutschlands. So heißt es in dem Bericht der zweiten Unterkommission über das Untersuchungsrecht des Völkerbunds, man könne praktisch nicht eher an das Abrüstungsproblem herantreten, ehe man nicht die Gewißheit habe, daß alle in dem Vertrag vorgeschriebenen Maßnahmen vollständig und loyal ausgeführt werden.

Aus den Kommissionen.

Genf, 19. Sept. In der 2. Kommission (technische Organisation des Völkerbunds) sprach heute abend Koel über die finanzielle Wiederherstellung Oesterreichs. Die Bemühungen der österreichischen Regierung hätten einen ausgezeichneten Eindruck gemacht. Nach dem von der Wirtschafts- und Finanzkommission mit der österreichischen Regierung ausgearbeiteten Programm hänge jedoch die finanzielle Wiederherstellung Oesterreichs von der Suspendierung der Hypotheken ab, die verschiedene Staaten in Oesterreich befaßen.

Die 5. Kommission (humanitäre Angelegenheiten) nahm eine Forderung Murray-Südafrika an, die von der Völkerbundsversammlung die Bestätigung der Schlusakte des Kongresses zur Kongress zur Bekämpfung des Mädchen- und Kinderhandels verlangt und von den Regierungen die baldige Unterzeichnung des Protokolls fordert.

Die 6. Kommission (politische Angelegenheiten) beschloß heute auf Antrag Norwegen, eine Unterkommission mit dem arbeitsreichen Studium der durch die russische Hungersnot aufgeworfenen Probleme zu betrauen.

Rein neues Elsaß-Lothringen.

Der belgische Sozialistenführer, Minister de Brodère, der sich über die Verhältnisse im besetzten linksrheinischen Gebiet sehr eingehend unterrichtet hat und während seines Besuchs im besetzten Gebiet Veranlassung nahm, mit den führenden sozialistischen Kreisen des Rheinlandes Fühlung zu gewinnen, beschränkt sich in einem bemerkenswerten Aufsatz mit den rheinischen Loslösungsbestrebungen. Brodère trifft den Nagel auf den Kopf mit der Feststellung, daß diesen Bestrebungen jede kulturelle und wirtschaftliche Voraussetzung fehlt, da sich die Bewohner des linken Rheinufer in keiner Weise von denen des

rechten unterscheiden. Die separatistische Agitation werde fast nur von westeuropäischen militärischen und kommerziellen Stellen unterstützt. Brodère erhebt seine warnende Stimme, indem er die Frage stellt, wer heute nach den furchtbaren Erfahrungen des Weltkrieges die Verantwortung dafür auf sich nehmen würde, im Herzen Europas ein neues und viel größeres Elsaß-Lothringen zu schaffen. Inwieweit diese ernste Mahnung des belgischen Sozialistenführers bei den maßgebenden Kreisen Frankreichs und Belgiens Gehör finden wird, erscheint allerdings insofern etwas zweifelhaft, als wiederholt von annexionistischer Seite der Versuch unternommen wurde, den belgischen Minister Brodère von seinen eigenen Freunden zu verleugnen.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß de Brodère sich die ernste Mühe gegeben hat, während seines Aufenthalts im besetzten Rheinland in eingehendster Weise Einblick in die dortigen Verhältnisse zu gewinnen. Die Aufsätze, die er in dem Organ der belgischen Sozialdemokratie „Peuple“ veröffentlicht hat, bieten den glaubhaftesten Beweis dafür, daß er über die Stimmung der rheinischen Bevölkerung, wie überhaupt über die Verhältnisse in Deutschland ausgezeichnet unterrichtet ist. De Brodère weist auf die Tatsache hin, daß angesichts der erdrückenden Härte der Handhabung des Versailler Friedens gegenüber Deutschland das innerpolitische Leben Deutschlands in schwerster Weise zerrüttet werde. Die Anwendung der Sanktionen und die Drohungen gegenüber Deutschland hätten die deutsche Demokratie nicht befestigt. Die Zukunft werde lehren, daß diese Politik verfehlt sei. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Westmächte zum Deutschen Reich seien besonders durch die Sanktionen gefährdet worden. Zum Schluß meint Brodère, es liege im Interesse des Wiederaufbaues, dem deutschen Volke gegenüber Gerechtigkeit walten zu lassen. Insbesondere will de Brodère dieses Prinzip auf das Rheinland angewendet wissen, da dort unter der Bevölkerung infolge der drückenden Besatzungskosten und Sanktionsmaßnahmen eine ungeheure Erbitterung gegen Frankreich und Belgien entstanden sei.

Gedenket der Not in Oberschlesien!

Deutschland.

Ein Anschlag auf Stresemann?

Bagen, 19. Sept. Wie die „Hagener Zeitung“ aus Lüdenscheid meldet, wurde während der gestrigen Abendversammlung des Parteitag der Deutschen Volkspartei in der Schützenhalle von außen durch ein Fenster ein Revolverbeschuß auf die Rednertribüne abgegeben. Der Abgeordnete Stresemann hatte gerade die Tribüne verlassen und dem Abgeordneten Hugo den Platz überlassen. Es wurde niemand getroffen.

Die Kosten der Besatzungstruppen.

Berlin, 19. Sept. Nach einer Zusammenstellung des „Temps“ betragen die Kosten für den Unterhalt der alliierten Besatzungstruppen ungefähr 4 905 197 930 Franken, das sind 120 Milliarden Papiermark und 5 Milliarden Goldmark.

Zurückziehung französischer Truppen.

Berlin, 19. Sept. Die französische Regierung hat der deutschen Regierung am 17. Sept. folgende Note übersandt: Die französische Regierung hat die Zurückverlegung der im Mai dieses Jahres in die besetzten Gebiete geschickten Truppen nach Frankreich beschlossen. Die Truppenbewegung soll am 15. September beginnen und vor Ende September beendet sein. — Es handelt sich um die für den Vormarsch in das Ruhrgebiet bestimmten Truppen.

Das Wiederaufleben der deutschen Schiffsahrt.

Die Hamburg-Amerika-Linie stellte Mitte September den auf der Vulkanwerft für den Frachtdienst umgebauten früheren Schnelldampfer „Deutschland“ wieder in den Nordamerikadienst ein. Der jetzt den Namen „Hansa“ führende Dampfer wird am 29. September nach 7jähriger Pause zum erstenmal wieder die Elbe verlassen.

Wiederaufnahme eines regelmäßigen Schiffsverkehrs mit Südamerika.

Der Norddeutsche Lloyd hat beschlossen, zwischen Deutschland und Südamerika wieder einen regelmäßigen Passagier- und Frachtdampferverkehr einzurichten. Vom 3. November ds. Js. ab wird von Bremen regelmäßig in noch zu bestimmenden Zwischenräumen ein Dampfer nach Südamerika abgehen. Als erster Dampfer wird der frühere Reichspostdampfer „Seebly“ abgefertigt werden. Dieser Dampfer ist für die Beförderung von Passagieren eingerichtet und fährt 1., 2. und 3. Klasse. Er ist gegenwärtig der größte deutsche Passagierdampfer im Deutschsüdamerika-Dienst. Nach seiner Ausfahrt wird „Seebly“ die spanischen Häfen Coruna, Billgarca und Vigo anlaufen.

Ein Gruß des Dampfers „Oberschlesien“.

Rattowitz, 14. Sept. Beim Deutschen Ausschub in Rattowitz ist von dem deutschen Dampfer „Oberschlesien“ folgendes drahtloses Telegramm eingelaufen: „Das Schiff „Oberschlesien“ grüßt von seiner Ausfahrt nach Amerika das deutsche Land Oberschlesien. Es wird der Welt künden, daß Oberschlesien deutsch ist und deutsch bleiben muß. Glückauf!“

Bermischtes.

Die Welthandelsflotte 1921.

Der Bestand der Handelsflotten der wichtigsten Staaten hat sich seit dem letzten Friedensjahr bedeutend vergrößert. Die Verluste an Schiffen, die der Weltkrieg zur Folge hatte, sind

durch rege Schiffsbautätigkeit nicht nur ausgeglichen, sondern wieder so reichlich wett gemacht, daß im Juni 1921 11,7 Mill. Tonnenschiffraum mehr zur Verfügung standen als zu dem gleichen Zeitpunkt 1914. Hat also der Weltkrieg es nicht vermocht, die Welthandelsflotte zu vermindern, so ist durch ihn doch ein ganz anderes Bild in der Schiffszugehörigkeit geschaffen worden. Großbritannien hatte 1914 eine Handelsflotte von 18 877 000 Tonnenschiffen, 1919 von 19 288 000 Tonnenschiffen, die britischen Kolonien 1 407 000 (1 950 000), Vereinigte Staaten von Nordamerika 1 837 000 (12 314 000), Japan 1 642 000 (3 063 000), Frankreich 1 918 000 (3 046 000), Italien 1 423 000 (2 378 000), Norwegen 1 923 000 (2 285 000), Holland 1 471 000 (2 207 000), Spanien 383 000 (1 094 000), Schweden 992 000 (1 037 000), Dänemark 768 000 (866 000), Deutschland 5 098 000 (654 000), Griechenland 820 000 (576 000). Vor allem fällt der ungeheuren Aufschwung der Vereinigten Staaten in die Augen, die ihre Seehandelsflotte um fast das Achtfache vergrößert haben, während Großbritannien und Frankreich nur einen verhältnismäßig geringen Zuwachs verzeichnen können. Deutschland, das vor dem Krieg, allerdings in weitem Abstand hinter England, aber den anderen Staaten weit voraus, die zweitgrößte Handelsflotte der Welt unterhielt, ist zurzeit als seefahrende Nation von allen Ländern, mit Ausnahme Griechenlands, überflügelt. Dieser Tiefstand wird jedoch nicht von Dauer sein. Im Gegensatz zur gegenwärtigen deutschen Schiffsbautätigkeit hat die in der übrigen Welt in neuester Zeit merklich nachgelassen. Die Wiederaufbautätigkeit der deutschen Handelsflotte hat sich 1921 stark weiter entwickelt. So sind allein von den Hamburgischen Schiffsahrtsgesellschaften im zweiten Vierteljahr 1921 16 neue Schiffe mit einem Rauminhalt von 106 000 Tonnenschiffen bestellt worden. Seit Ende 1920 hat sich der deutsche Schiffsbestand von 428 000 BRT. auf gegenwärtig rd. 700 000 BRT. erhöht. Im Bau befinden sich weitere 45 Schiffe. Außerdem wurden bisher von England bereits 10 Dampfer von zusammen 21 000 BRT. sowie 1 Passagierdampfer mit 21 000 Tonnenschiffraum von über 18 000 Tonnenschiffen angeliefert.

Eine amerikanische Firma gegen die Auswüchse der Frauenmode.

Die Verwaltung der amerikanischen „Washfall Field-Company“, einer der größten amerikanischen Warenhausfirmen, hat kürzlich ihren weiblichen Angestellten, die das Haar kurz geschnitten tragen, die sofortige Entlassung angekündigt. Jetzt hat die Direktion einen neuen Aktus erlassen, der im Interesse der Zucht, Sitte und Ordnung das Folgende verfügt: „Das Tragen von Kleidern mit kurzen Ärmeln, tief ausgeschnittenen Halsen, übermäßig kurzen Röcken und Robenstrümpfen ist in der Arbeitszeit streng untersagt. Auch dürfen die Damen weder Schminke auftragen noch Puder in übermäßiger Menge gebrauchen. Ebenso sind auffällige Frisuren und Kleider mit Federn oder Spitzenbesatz zu vermeiden. Wir erwarten, daß unsere Angestellten sich mit uns in dem Bewußtsein verbinden, eine anständiger, dem Arbeitszweck angepaßte Normalkleidung zu schaffen.“ — Bekanntlich ist auch die männliche Jugend Amerikas schon gegen die Ausartungen des modernen Tanzes vorgegangen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 20. September 1921.

Herbstanfang.

Am 23. September, nachmittags 3.20 Uhr tritt die Sonne in das Zeichen des Wagens. Dieser Zeitpunkt ist der Beginn des astronomischen Herbstes, der bis zum 22. Dezember morgens 10.08 Uhr, dauert, wo die Sonne in das Zeichen des Steinbocks tritt. An diesem Tage beginnt der astronomische Winter. An dem Tage des Herbstbeginns sind Tag und Nacht gleich lang. In der Natur hat der Herbst schon seit einigen Wochen seine Herrschaft angetreten. Auf den Wiesen blüht die Herbstzeitlose, an den Waldrändern das Heidekraut und im Garten beherzigen Äpfeln und Georginen das Feld. Die Zugvögel haben zum Teil unsere Heimat schon verlassen, um ihren Aufenthalt in milderen Gebieten zu nehmen.

Die freie Arztwahl.

Der 42. Deutsche ordentliche Arztetag in Karlsruhe faßte folgende Entschlieung: Der 42. Deutsche Arztetag fordert die gesetzliche Einführung der organisierten freien Arztwahl als ein grundsätzliches Recht der deutschen Ärzteschaft auf Arbeit. Die organisierte freie Arztwahl ist eine soziale und hygienische Notwendigkeit, weil sie das einzige Arztregime ist, das dem Interesse des ganzen Volkes und auch der Krankenkassen selbst, insbesondere bei Einführung der Familienversicherung, gerecht wird und letzten Endes allein ein dauerndes, friedliches Zusammenarbeiten zwischen Kassen- und Arztorganisationen gewährleistet.

Portoerhöhung für Auslandspakete.

Infolge der andauernden Verschlechterung des deutschen Marktkurses und der dadurch bedingten bedeutenden Erhöhung der an das Ausland zu vergütenden Beförderungsgebühren sieht sich die Postverwaltung zur Verhängung empfindlicher Erhöhungen der Reichsstaatspostgebühren, vom 1. Oktober ds. Js. an die Gewicht- und Versicherungsgebühren im Auslandspaketverkehr nach dem Verhältnis von 1 Franken = 16 A. (gegenwärtig 1 Franken ist gleich 12 A.) zu erheben. Dieses Anhebungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Auslande maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Wanderhochkurse für Landmädchen.

Die württembergische Landwirtschaftskammer beschäftigt 6 wöchentliche Wanderhochkurse für Landmädchen zu veranstalten. Auf dem Lehrplan stehen einfache Küche, feine Küche, süße Speisen und Backen. Das Kostgeld beträgt pro Person 150—200 A. Wenn Lebensmittel von den Schülern zum Selbstkostenpreis geliefert werden, wird sich der Betrag entsprechend ermäßigen. Die Teilnehmerinnen müssen den 17. Lebensjahr zurückgelegt haben.

Recht... Die Landes... Erhö...

Durch einen... Erhöhung der... men zu lassen... für die Staats... haben wird... schäftsbeamte... mungen in... und Barbarmen... Erhöhung der... und außerplanm... Is. ab unverz...

Wetter... Trost fortw... Teilströmungen... ist aber in der... zu erwarten.

(S. 2.) Et... hieß Schmid... zirkuläretreter... meinden mit in... den würt. Stä... die Verhandlung... zu den Grundfä... Ausgabebüch... wurde beauftrag... arbeiten, ebenf... Steuerfragen dur... angenommen: T... Einmütigkeit dat... an der Einkomm... kein entgegenge... steuer zum Sch... leben muß, wen... der Veranlagung... beschließt, mit a... daß den Gemein... schlagrecht ein... höhung der Ante... gen geboten. —... amtlischen Gefö... Stuttgart.

Der 2... (S. 2.) Str... des Deutsch-eva... schluß. Zur F... eine Rundgebun... gründliche Volk... oberstes Ziel d... im Geist des Ch... der werde nach... Dabei wird das... schule, soweit f... nicht veranla... aber volle Ent... Religionsunterr... Als die Grundri... zu erstellen ist... Lebens, wie sie... Bekanntheiten d...

A... Kosterarbeit... das Benediktine... neninstitut. D... Erhalten ist es... radlerie Schrift... Aus Mangel a... Schrift älterer... Schrift besaf... Werte darauf... Zeit ganz versch... jeden neuen Ju... behandschriften... schen Recht, Rec... geographische B... und Mittelalter... len für die Frau...

A... Kosterarbeit... das Benediktine... neninstitut. D... Erhalten ist es... radlerie Schrift... Aus Mangel a... Schrift älterer... Schrift besaf... Werte darauf... Zeit ganz versch... jeden neuen Ju... behandschriften... schen Recht, Rec... geographische B... und Mittelalter... len für die Frau...

Regimentsfeier der Oltagenabiere.

Die Landesversammlung aller ehemaligen Oltagenabiere aus Preußen- und Friedenszeiten findet nunmehr am 15. u. 16. Okt. statt.

Erhöhung der Teuerungszuschläge für Körperlichkeitsbeamte.

Durch einen Erlaß des Ministeriums des Innern an die Körperlichkeitsverwaltungen werden diese aufgefordert, ihren Beamten eine Erhöhung der Teuerungszuschläge nach staatlichem Vorgang zukommen zu lassen. Es soll nicht abgewartet werden, bis der Landtag für die Staatsbeamten die erforderlichen Beträge förmlich bewilligt hat. Auch die Bezüge der nebenberuflich tätigen Körperlichkeitsbeamten sollen einer Durchsicht unterzogen werden. Die Verwaltungen der Gemeinden, Amtskörperschaften, Gemeinde-, Bezirks- und Landarmenverbände werden beauftragt, über die entsprechende Erhöhung der Teuerungszuschläge ihrer hauptberuflichen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten mit Wirkung vom 1. August ds. Jrs. ab unverzüglich Beschluß zu fassen.

Better für Mittwoch und Donnerstag.

Trotz fortwährend ansteigenden Luftdrucks sind noch kleine Teilwolkungen zu überwinden. Am Mittwoch und Donnerstag ist aber in der Hauptsache trockenes und mäßig mildes Wetter zu erwarten.

Gemeindefest.

(S. 2.) Stuttgart, 18. Sept. Unter dem Vorsitz von Schultheiß Schmid-Pfänderhaus tagte gestern nachmittag hier eine Bezirksvertreterversammlung des württ. Gemeindefests, dem 1352 Gemeinden mit insgesamt 1.350.000 Einwohnern angehören, der also den württ. Städtetag mit 1.100.000 Einwohnern überflügelt hat. Die Verhandlungen betrafen in der Hauptsache die Stellungnahme zu den Grundbesitz für die Bemessung der Zuwendungen aus dem Ausgleichsloos und sonstige Steuerfragen. Der Gesamtbescheid wurde beauftragt, das ganze Material der Steuerfragen durchzuarbeiten, ebenso wie die Vertreter in ihren Gemeinden die einzelnen Steuerfragen durchsprechen sollen. Auch wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Bezirksvertretung des Gemeindefests ist in voller Einmütigkeit davon überzeugt, daß ohne Beteiligung der Gemeinden an der Einkommensteuer die Finanzwirtschaft der Gemeinden dem Ruin entgegensteht, daß aber auch das Aufbringen an Einkommensteuer zum Schaden von Reich und Staat aufs empfindlichste notwendig ist, wenn für die Gemeinden ein unmittelbares Interesse an der Veranlagung der Einkommensteuer entfällt. Die Veranlagung beschließt, mit allem Nachdruck und allen Mitteln dahin zu wirken, daß den Gemeinden ein Anteil an der Einkommensteuer und ein Zuschlagsrecht eingeräumt wird. Sie erachtet eine wesentliche Erhöhung der Anteile der Gemeinden auch an der Umsatzsteuer als dringend geboten. — Beschlossen wurde ferner die Anstellung eines hauptamtlichen Geschäftsführers mit einer besonderen Geschäftsstelle in Stuttgart.

Der 2. deutsch-evangelische Kirchentag.

(S. 2.) Stuttgart, 15. Sept. Die vier tägigen Verhandlungen des deutsch-evangelischen Kirchentags fanden heute ihren Abschluß. Zur Frage von Kirche und Schule wurde einstimmig eine Kundgebung angenommen, in der für eine umfassende und gründliche Volksbildung durch die Schule eingetreten und als oberstes Ziel der Erziehung der fromme und sittliche Mensch im Geiste des Evangeliums genannt wird. Für evangelische Kinder werde nachdrücklich Schulen ihres Bekenntnisses verlangt. Dabei wird das geschichtliche Recht der christlichen Simultanschule, soweit sie sich in einzelnen Gebieten eingebürgert hat, nicht verkannt. Den Schulen evangelischen Bekenntnisses soll aber volle Entfaltungsmöglichkeit gewährleistet werden. Dem Religionsunterricht soll Wert und Stellung bewahrt bleiben. Als die Grundzüge, nach denen er gemäß der Reichsverfassung zu erteilen ist, gelten die Normen des christlichen Glaubens und Lebens, wie sie in dem in H. I. Schrift gegebenen und in den Bekenntnissen der Reformation bezugten Evangelium enthalten sind.

Herbstgefühle.

Fetter grüne, du Laub,
am Nebengeländer
hier mein Fenster herauf!
Gebirgler quillst,
Zwillingbeeren, und reifst
schneller und glänzend vollert
Guch brüht der Mutter Sonne
Scheidebild, auch umfäuselt
des holden Himmels
fruchtende Fülle,
auch kühlst des Mondes
freundlicher Rauberhauch,
und auch betauen, ach!
aus diesen Augen
der ewig belebenden Liebe
vollschwellende Tränen. Goethe.

Aus Zeit und Leben.

Klosterarbeit in Beuron. Seit mehreren Jahren unterhält das Benediktinerkloster Beuron auf eigene Kosten ein Kalligraphieinstitut. Durch eine sinnreiche Anwendung ultravioletter Strahlen ist es dem Benediktinerpater Kögel gelungen, die ausradelte Schrift alter Pergamente wieder lesbar zu machen. Aus Mangel an Schreibmaterial radiziert man nämlich die Schrift älterer Pergamente, die man vielleicht in mehrfacher Abschrift besaß, aus, glättete die Fläche und schrieb andere Werke darauf. Manche der so radierten Werke sind mit der Zeit ganz verschwunden. Die Gelehrtenwelt ist dankbar für diesen neuen Fund. Bruchstücke hebräischer und lateinischer Handschriften aus dem siebten Jahrhundert, aus dem römischen Recht, Rechtsalters aus dem Orient und Occident, ältere geographische Beschreibungen, Dichtungen aus dem Altertum und Mittelalter sind unter dem Dichte der ultravioletten Strahlen für die raunende Gelehrtenwelt wieder sichtbar geworden

ten sind. Von Seiten der Kirche sind unter Berücksichtigung der Religionslehrer Organe zu bilden, die den inneren Zusammenhang zwischen Kirche und Schule wahren. Eine Wiederkehr der sogenannten geistlichen Schulaufsicht wird ausdrücklich abgelehnt. Kirche und Schule müssen sich mit der Familie in enger Verbindung halten, um in freier Entfaltung aller ihrer Kräfte gemeinsam der Jugend zu dienen. Es war dann ein feierlicher Augenblick, als der Kirchentag die 3. Lesung der Kirchenbundsverfassung und des Kirchenbundsvertrags einmütig annahm, unter lebhaftem Beifall der Teilnehmer und hernach das Lied anstimmte „Nun danket alle Gott!“ Präsident Dr. v. Pechmann hielt sodann noch eine feierliche Schlussansprache, in der er die Bedeutung des Tages würdigte.

*

Wildberg, 18. Sept. Bei der heutigen Ortsvorlehnerwahl haben von 790 Wahlberechtigten 691 abgestimmt. Stimmen erhielten: Ratschreiber Glöck in Zellbach 362, Stadtschultheißenamtssekretär v. Argent in Wildbad 325, Stadtschultheißenamtssekretär Berthmer in Bödingen 1, ungültig waren drei Stimmen.

(S. 2.) Wöblingen, 17. Sept. Am Galgenberg stieß man bei Grabarbeiten in etwa 2 Meter Tiefe auf einen Topf, der nach einem Gutachten des Direktors der vaterländischen Altertumsammlungen, Professor Dr. Göpfel, der Keltenzeit angehört. Dadurch ist der Beweis erbracht für eine vorgermanische Besiedlung unserer Gegend.

(S. 2.) Untertürkheim, 17. Sept. Das Fischsterben im Neckar hat sich am Samstag morgen in fast noch größerem Umfange wiederholt.

(S. 2.) Schorndorf, 18. Sept. Am Mittwoch abend wurde bekanntlich auf der Straße nach Großheppach der 28 Jahre alte Fuhrmann und Händler Hermann Scholz von Schlichter durch den Zigeuner Joh. Winter von Neute durch einen Schuß in den Unterleib getötet. Scholz hatte vorher einen Pferdehandel mit einigen Zigeunern, wobei er sein Pferd mit einem anderen eintauschte und 2000 Mark draufzahlen sollte. Er gab den Zigeunern 200 M. Anzahlung und fuhr vorgehen mit seinem eingetauschten Pferd mit Obst nach Stuttgart. Als die Zigeuner an demselben Tag den Rest von 1800 Mark bei ihm holen wollten und erfuhren, daß Scholz nach Stuttgart sei, banden sie ihm vorher gehöriges Pferd an seine Stalltüre und zogen talabwärts, um dem Scholz aufzulauern. Zwischen Großheppach und Grumbach begegnete sie dem Scholz, der sich auf dem Heimwege befand, und nach kurzem Wortwechsel, nachdem Scholz mit seinem Gepäck im Galopp davonfahren wollte, schoß ein Zigeuner, der darauf die Flucht ergriff, den Scholz hinterläßt nieder. Die übrigen Zigeuner wurden in Haft genommen und in den Ortsarrest nach Geradetten verbracht, wo sie die Nacht zubrachten. Dann wurden sie von der Landjägersmannschaft ins hiesige Amtsgericht eingeliefert.

(S. 2.) Tübingen, 17. Sept. Die Erwerbslosenziffer ist auch im verflossenen Monat weiter gesunken. Am 1. August betrug die Zahl der Erwerbslosen 22, am 1. September 16 in Stadt und Bezirk. Der Aufschwung belief sich im Juli auf 9433 M., im August auf 3161 M. — Die beiden Lichtspieltheater haben ihren Betrieb wieder eröffnet, obwohl der Gemeinderat eine Steuerermäßigung nicht bewilligte.

(S. 2.) Rom Hohentwiel, 17. Sept. Ausföhrlich der Verfolgung eines Diebstahls fand in einem Hause in Singen eine Unterjuchung statt, wobei der Gendarm ein unscheinbares Paket aus einer Ecke hervornahm und es seines auffallend schweren Gewichts wegen öffnete. Er fand in kleine Teile zerhackten, Reste von Kirchenraubereien. Es handelte sich um sieben Reliquie mit Patenen, vier Speisefische, zwei Verschpatenen, ein Osterorium und eine große Monstranz. Die Reliquie waren platt geschlagen und völlig zertrümmert. Gut erhalten sind vier sehr silberne Medaillons und ein Strahlenkranz mit dem Marienbildnis.

und geben ihr täglich Stoff zu neuen Forschungen. — Das bayerische Ministerium ist auf die Arbeiten des gelehrten Benediktinermonchs aufmerksam geworden und hat demselben die Stelle eines Professors für Photochemie an der Technischen Hochschule in Karlsruhe angeboten. Inzwischen sind die Arbeiten auch dem preussischen Kultusministerium bekannt geworden. Auch dort hat man erkannt, daß die Erfindung geeignet sei, Deutschlands Ruf als Nation der Forscher aufs Neue zu begründen und die Brücke der Verständigung zwischen den Völkern wenigstens auf dem wissenschaftlichen Gebiet zu schlagen. Man ist geneigt, die Arbeiten zu fördern oder auch den gelehrten Forscher für ein preussisches gelehrtes Institut zu gewinnen.

Ausgrabung einer vorgegeschichtlichen Wasserburg. Seit einigen Tagen sind, auf Veranlassung des Altertumsvereins zu Buchau die Grabungen an der Moorfestung im Egelsee im Gange. Es ist dies die am Federsee erste Siedlung der frühen Hallstattzeit (Blüte etwa 800 v. Chr.), bei der durch den konzentrischen Schutz der Moorbede Palisadenwall und Häuser in einzigartiger Weise erhalten sind. Böden, Wände und die gesamte Inneneinrichtung erzählen von der hohen Technik und dem Kunstsinne des ersten vorchristlichen Jahrtausends. Der Besuch dieser vorzeitlichen Kulturstätte ist durch die Einrichtung von Führungen (Sonntag von 11—12 Uhr und Mittwoch von 3—4 Uhr) ermöglicht.

*

Der „arme“ Mozart. — Da ich nicht zu den Gästen der Tanzdielen gehöre, muß ich zu meiner Entschuldigung (oder zu meiner Schand!) gestehen, daß ich bis vor ganz kurzer Zeit noch nicht gewußt habe, daß es einen Fogtrott gibt, der den Namen „Salome“ führt. Aber daß es etwas ganz besonderes sein müsse, wurde mir zu Gemüte geführt, als ich kürzlich — es war auf der Terrasse eines Hotels irgendwo am Rhein — einen Stehgelger den Schläger intonieren hörte und etwas von der Aufregung verspürte, die sich bei seinen Klängen des tanzgeübten Jungvolks bemächtigte. Der Text, der natürlich in

(S. 2.) Ravensburg, 17. Sept. Der Caritasvereinband nimmt eine Hilfsaktion für die Armen des Oberamts in die Hand unter Beteiligung der evangelischen Kreise zur geschenkreichen Abgabe von Lebensmitteln. — Die Teuerungszuschläge für die Gemeinderäte (zu den Diäten von 10 M. pro Tag) werden auf 25 M. festgesetzt, die Polizeistunde in stets widerruflicher Weise auf 12 Uhr. Das neu zu errichtende Stadtbad wird in nächster Zeit im Projekt ausgearbeitet.

(S. 2.) Vom Bodensee, 17. Sept. Der Reichstagsabgeordnete Diez in Radolfzell, der bei Erzbergers Ermordung durch einen Schuß verletzt wurde, befindet sich jetzt außer Gefahr. Die Schußwunde verheilt gut und der Abgeordnete geht einer schnellen Genesung entgegen. Außer dem Fährich Hirschfeld sind letzter Tage auch die beiden des Verbrechens an Erzberger verdächtigten, in Basel aufgegriffenen jungen Männer dem Abg. Diez gegenüber gestellt worden, sie konnten aber von diesem nicht mit Bestimmtheit als die Täter erkannt werden. Das „Berliner Leben im Bild“ bringt eine Photographie des Abg. Diez, aber dem Blatt ist eine böse Verwechslung unterlaufen, die Photographie stellt nämlich den sozialdemokratischen Abg. Dr. Diez dar.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Newyork, 19. Sept. Am 7 Uhr vorm. wurde (nach der Zeitf. Ztg.) die Reichsmark hier mit 0,98 Cents (Schluß am Samstag 1,00 Cents) genannt. Das entspricht einem Dollarkurs in Deutschland von M. 102,04 (100).

Rückgang der Weinpreise in Württemberg.

Die Ausichten auf eine gute Weinernte haben auch in Württemberg zu einem Rückgang der Weinpreise geführt. In den Stuttgarter Wirtschaften beträgt der Abschlag durchschnittlich etwa 50 Pfg. beim Viertelstiter, in einzelnen Fällen sogar bis zu einer Mark.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Geldmarkt. Die vor 8 Tagen ausgesprochene Meinung, daß das Baltische kaum mehr zu übertreffen sei, erweist sich noch als zu optimistisch. Zu der wahnwichtigen Spekulation ist als neuer Grund für die Verschlechterung unserer Marktwährung im Ausland die schwere innerpolitische Krise zwischen dem Reich und Bayern gekommen, die nichts geringerem als einem Bürgerkrieg zugutebreiten droht. Rat- und hilflos steht die Reichsleitung vor den verhängnisvollen Wirkungen dieser Erscheinungen auf den deutschen Kredit, der ohnehin durch die Goldzahlungen an die Entente längst überspannt ist. Am 16. September notierten 100 deutsche Mark in Zürich 5,35, am 14. sogar nur 5,25 Franken gegen 6,07 1/2 am 9. September; in Amsterdam 2,90 (3,29) Gulden; in Kopenhagen 5,30 (6,10); in Stockholm 4,30 (4,85) Kronen; in Wien 1457 (1317) Kronen; in London 4,01 1/2 (3,58 1/2) Schilling; in Newyork 0,92 (1,02 1/2) Dollar und in Paris 13 (14 1/2) Franken. Wenn der Dollar 108 1/2 Mark kostet, also doppelt soviel als vor drei Monaten, so kann man daraus ersehen, wie nahe wir dem völligen finanziellen Zusammenbruch gerückt sind!

Börse. Die Börse der deutschen Börsen sind gegenwärtig genötigt, fortgesetzt neue Bestimmungen für die Bewältigung des Börsengeschäftes zu treffen und ganze Börsentage ausfallen zu lassen, damit die Makler und die Banken die Aufräge ordnungsmäßig erledigen können. Alle Warnungen vor einer Ueberspannung des Bogens bleiben ungehört. Es gibt wohl gelegentlich einen kurzen Rückschlag, aber die Spekulationswut erwacht sofort wieder auf neue. Fast sämtliche Spekulationspapiere stehen heute 2—3 mal so hoch im Kurs wie vor einem Jahr, als man auch schon Bedenken über die Berechtigung des Kursstandes äußerte. Das wird einmal ein furchtbares Erwachen geben. Ein denkbarer Mensch kann doch unsicher berechnen, daß, zum heutigen Preise gekauft, die meisten Aktien später keine angemessene Verzinsung bringen können. Wer

vorgerückter Stunde mitgezogen wird, hält sich auf dem gleichen Gassenbauerniveau wie die schmachtliche Muffel. Kurz und gut: der Salome-Fogtrott steht durchweg auf der Höhe der Zeit! und nun lese ich gleichsam zur Bestätigung dessen, daß der Komponist dieses Saisonklagers, ein gewisser Robert Scholz in Wien, in wenig Monaten bereits vier Millionen Mark — in österreichische Währung gerechnet etwa 32 Millionen Kronen — daran verdient hat. Da ist schon der bittere Spott zu verstehen, mit dem ein holländisches Blatt diese Mitteilung begleitet, indem es schreibt: „Franz Schubert und Wolfgang Amadeus Mozart werden in dem Musikantenhimmel auf den Rücken gefallen sein, als sie von diesem Erfolg ihres Wiener Kollegen vernahmen, und das Mißgeschick bedauert haben, daß ihnen dieser „Tip“ nicht etwas früher gegeben wurde. Man braucht jedenfalls nur in dieser Richtung voranzuschreiten, und es wird demnächst ein „Parzival-One-Step“ oder ein „Fidelio-Boxton“ zu erwarten sein. Das Völl aber, das die größten Tonkünstler aller Zeiten hervorgebracht hat, kann stolz sein auf diese glückliche Entdeckung der Musik.“

Die neuen Theaterkisten. Die „Weltbühne“ berichtet folgendes Vorkommnis aus Wien: Nach Jahren sibirischer Gefangenschaft gehe ich zum erstenmal wieder zu Tristan und Isolde ins Opernhaus meiner Vaterstadt Wien. Neben mich auf den zweiten und ersten Platz der Parkettreihe setzt sich ein Kriegsgewinnlerpaar. An der Rücklehne jedes Sitzes ist hinten ein kleiner Sockel. Darauf stellt der Gemahl eine Flasche Bier. Der Logenbesitzer tritt herzu und fragt höflich: „Wünschst Du Gnaden ein Opernglas?“ „I dank schein“, erwidert dero Gnaden, „mir trinken aus der Flasche“. Ihre Gnaden hingegen haben auf ihren Sockel ein kleines Paket gelegt. Dem entnimmt an der schönsten Pianissimo-Stelle des zweiten Aktes die Dame eine Brust und verzehrt sie schmachend. Ihre Hintermännin protestiert leise. Die Geneserin wendet sich ruhig um und spricht langsam und laut: „Wenn man so Gödd hat, sich a Brust zu kaufen, nacha soll man auch net in die Oper gehen.“

aber nur auf kurze Frist spekuliert in der Hoffnung, immer noch höher weiterverkaufen zu können, bedente die alte Wahrheit: Den letzten beißen die Hunde.

Produktenmarkt. Anfangs dieser Woche gab es eine neue Hausse im Produktengeschäft, gegen den Schluß aber ermattete die Tendenz. Immerhin blieben noch erhebliche Preissteigerungen bestehen. Am 16. September notierten in Berlin Weizen 448-452 (+ 40), Roggen 360 (+ 30), Gerste 460-490 (+ 20), Hafer 356-362 (+ 10) Mark. Die Tendenz für Heu und Stroh ist ebenfalls sehr fest, doch fehlen amtliche Berliner Notierungen.

Warenmarkt. Eine allgemeine Preissteigerung setzt ein. Die Häute- und Lederpreise haben erneut angezogen, woran besonders die Verschlechterung der Baluta schuld ist. Die Stuttgarter Lederbörse am 14. September mußte mangels jeder zuverlässiger Kalkulation auf die Herausgabe von Richtpreisen verzichten. Die Textilwaren verteuern sich rasch. Kohle wird immer knapper, Eisen in einzelnen Sorten geradezu rar, weil die Ausfuhr fast alles absorbiert. Die süddeutschen Brauereien haben zur Rechtfertigung ihres letzten Preisaufschlags auf die hohen Gerstenpreise sowie auf die Tatsache hingewiesen, daß sie immer noch erheblich billiger einkaufen als die norddeutschen Brauereien.

Viehmarkt. Die neuesten Märkte haben abermals höhere Preise gezeigt. Jungochsen kosten 13-20 000 Mark, Zugtiere 8000 bis 16 000 Mark, trächtige Kuhfähe 4000-12 000 Mark, trächtige Kalbinnen 4000-8000 Mark, Jungkinder 2000-3000 Mark. Milchschweine kosten 300-600, Läuferchweine 800-2400 Mark. Pferde werden wenig gehandelt, ziehen aber gleichfalls in Preise an.

Holzmarkt. Man berichtet über ein weiterhin belebtes Geschäft und Preisbefestigung, aber die Lage ist immer noch nicht völlig geklärt.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.

(S.E.) Stuttgart, 18. Sept. Im Obstverkehr spitzt sich die Lage mehr und mehr zu. Die Stämme haben in den meisten Obstgebieten vernichtend gehaust, es ist sehr viel Tafelobst gefallen. Auf dem Großmarkt sind zurzeit Tafeläpfel wenig beachtet, die Preise nähern sich den Mostobstpreisen. Lebhaft setzt die Frage nach Mostobst ein, die Preise sind in einer Woche an den Erzeugerorten um 20 % gestiegen; gegenwärtig werden auf dem Wilhelmsplatz 90 % per Zentner gefordert. Die Einfuhr von ausländischem Mostobst stößt auf große Schwierigkeiten, einerseits die hohen Transportkosten und das Risiko starken Verderbs, andererseits die Marktentwertung. In

spätem Kellerobst wird bald ein Anziehen der Preise bemerkbar werden, für Mostobst ist an eine Senkung kaum mehr zu denken. Weintrauben kommen aus Italien, der Pfalz und der hiesigen Umgebung in reichlicher Menge. — Die Zufuhr zum Gemüsemarkt hat unter dem Straßenbahnerstreik merklich eingebüßt, die knappen Vorräte waren schnell geräumt. In Filderkraut und Kartoffeln ist die Marktlage befriedigend.

(S.E.) Stuttgart, 17. Sept. Dem Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz waren 2500 Zentner zugeführt. Der Preis für ein Zentner betrug 94-98 M. Der Filderkrautmarkt auf dem Charlottenplatz war mit 1000 Stück besahren. Preis 55 bis 60 M per Zentner.

Viehmarkt.

(S.E.) Mergentheim, 17. Sept. Dem Schafmarkt waren 4576 Stück zugetrieben. Der Verkauf war zu Anfang langsam, wurde aber später lebhaft. Es kosteten Lämmer 500-600 M, Färlinge 800-900 M und Hammel 1000-1200 M pro Paar. Nächster Schafmarkt am Donnerstag, den 20. Oktober.

Für die Schriftleitung verantwortlich: F. B. B. Rudolph, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Stadtgemeinde Calw. Berichtigung der Feuerversicherungsaufschläge.

Die Gebäudeeigentümer, insbesondere auch die Eigentümer von Fabriken usw. werden aufgefordert, eingetretene Änderungen zur Berücksichtigung bei der ordentlichen Jahresrechnung auf 1. Januar 1922 alsbald beim Stadtschultheißenamt anzumelden und zwar für Gebäude und Zubehörten je getrennt. Näheres ist beim Stadtschultheißenamt zu erfragen.

Calw, den 19. September 1921.

Stadtschultheißenamt: Gähner.

Oberamtsstadt Calw

Bergebung der Beifuhr des erforderlichen Steinmaterials für 1921/22 auf städt. Straßen u. Feldwege.

Die Beifuhr von ca 370 cbm Schotter aus dem städtischen Schotterwerk auf dem Müdberg ist zu vergeben.

Nähere Bedingungen über die Anlieferung, Verladen, Ausmaß usw. können auf dem Stadtbauamt eingesehen werden, woselbst auch Offerten, verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen, bis Donnerstag, den 22. ds. Mts., abends 6 Uhr eingereicht sind. Die Öffnung der Offerten erfolgt zu demselben Zeitpunkt und können die Bieter zugegen sein.

Calw, den 19. September 1921.

Stadtbauamt: Herbolzheimer.

Wer würde ein einfaches, möbliertes

Zimmer

an eine junge Frau, die Ausgangs Oktober ihre Niederkunft zu erwarten hat, Bett kann evtl. mitgebracht werden, gegen gute Entschädigung, vergeben?

Angebote unter N. N. 219 an die Geschäftsstelle die es. Blattes erbeten.

Zwiebel

beste glanzvolle Lager-Ware empfiehlt sachweise und im kleinen billigt

Dito Jung.

Ziegen

2 gute hornlose einmal und viermal gelammt, verkauft

Karl Greiner, Hirsau.

Neuer Wein ist eingetroffen. Hotel „Waldhorn“.

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich Kuchen usw. zum Backen häufig nur noch von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags, annehmen kann.

Empfehle täglich frisch alle Sorten Kleingebäck und la Zwieback Hochachtungsvoll Carl Dingler, Bäckerei, Badstraße.

Neubulach. Zwecks Aufhebung der Gemeinschaft versteigere ich am Mittwoch, den 28. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, gegen bare Bezahlung:

eine fahrbare Moferei (je Mühle und Presse). Zusammenkunft beim Rathaus. Gerichtsvollzieher Dhngemach.

Herde! Wirtschaftsherde mit und ohne Warmwasserzubereitung, Haushaltsherde in jeder Größe mit Kupferschiff, Waschkessel, Waschmaschinen für Hand- und Kraftbetrieb kaufen Sie am besten bei Otto Ragenmaier, Bad Liebenzell Fernspr. 60. Flaschner u. Installationsgeschäft

Von Mittwoch früh, den 21. ds. Mts., steht in meiner Stallung im Gasthaus zur „Schwane“ in Altensteig ein größerer Transport

Schaffochsen wozu Kauf- und Tauschliebhaber freundlich einladet

Elias und Ludwig Schwarz.

Fahrpläne für den Bezirk Calw erhältlich das Stück zu 50 Pf in der Geschäftsst. ds. Blattes.

Pfannkuch & Co. Kaufen Sie **Kakao** vor der Jollerhöhung garantiert rein in unseren Packungen 1/2 Pfund-Paket Mk. 4.— 4.50 5.50 1/2 Pfund-Paket Mk. 8.— 9.—

Zwieback in Paketen Paket 1.90 **Helvetia-Confituren** in 1-Pfund-Gläsern in verschiedenen Preislagen.

Pfannkuch & Co. Fernsprecher 45

Henko Henkel's Wasch- und Bleich-Soda unanberrlich für Wäsche und Hausnutz Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Landw. Consumverein Calw. Thomasmehl, Kalkstickstoff, Chlorkali (offen) und Kainit (offen), sowie Koch- u. Viehsalz sind auf Lager.

Achtung! Achtung! Wir suchen in Dauerstellung **6 Schreiner** Lohn nach Tarif. Büromöbelfabrik Oppenau in Baden.

Statt Karten. **Anna Maier Eugen Bock** Verlobte Hirsau Kirchheim-Bolandern Brödingen.

Saat-Weizen (Strub's Dicksopf) empfiehlt **Dito Jung.** Fleißiges ehrliches

Lauf-Mädchen nicht unter 16 Jahren, wird sofort oder auf 1. Oktober gesucht. Carl Serva.

Laufmädchen gesucht für einige Stunden täglich. Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes u. das Arbeitsamt.

Mädchen gesucht, nicht unter 20 Jahre alt, das etwas kochen kann u. Lust hat sich in der bürgerlichen Küche zu vervollständigen, findet sofort oder zum 1. Oktober Dauerstellung. Erholungsheim Ludwigsburg Bad Liebenzell.

Ein jüngerer, tüchtiger **Schreiner** sowie ein ordentlicher **Lehrjunge** können sofort eintreten bei Karl Beckh, Schreinermeister, Hirsau.

Kopfläuse beseitigt radikal Haarelement. Reinigt und erfrischt vorzüglich die Kopfhaut. Entfernt die lästigen Schuppen. Zu haben bei: Huthsteiner & Kistowsky, Ritter-Drog.

Zu verkaufen verschiedene **Kleidungsstücke**, darunter **2 Sonntags-Überzieher** usw. sowie **4 Paar Stiefel.** Vorstadt 279.

Zuverlässiges Laufmädchen gesucht Fr. Ing. Preußner Bischofsstraße 453 II.

Pfannkuch & Co. Ein weiterer **Wagon** **Helvetia-Marmeladen**

Zweischgen Pfd. 6.50 5 Pfd.-Eimer 32.50

Heidelbeer mit Apfel Pfd. 6.50

Johannisbeeren mit Apfel Pfd. 6.50 5 Pfd.-Eimer 32.50

Erdbeer mit Apfel Pfd. 7.50 5 Pfd.-Eimer 37.50

Apfelgelee Pfd. 7.— 4 Pfd.-Eimer 28.— 10 Pfd.-Eimer 70.—

Pfannkuch & Co. G. m. b. H.

als... Staats... der Partei... Annahme... Berlin, 21. frühere Reichst... die Frage der... Beziehungen... Wirtschaft hat... alles getan, u... herten Gebiete... dem deutschen